

Stellungnahmen aus der Bezirkspolitik zu den Aktionsbündnis-Wahlprüfsteinen 2021

Von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, AFD und Die Piraten sind dem Aktionsbündnis zahlreiche Stellungnahmen zugegangen.

Ein Fazit vorweg:

Für einen höheren Anteil „bezahlbarer Wohnungen“ setzen sich die SPD und vor allem die Linke und die Piraten ein.

Vor allem die CDU, die AFD und Frau Bezirksstadträtin Schellenberg genügen die vom Grundstückseigentümer eingeholten Gutachten zu Verkehr, Lärm und Stadtklima. SPD, Die Linke und Die Piraten fordern mehr Transparenz durch vom Bezirksamt selbst eingeholte Gutachten.

Alle Parteien sehen mehr oder weniger große Probleme bei der Verkehrsanbindung des neuen Stadtteils. Die CDU und die AFD bieten unrealistische Scheinlösungen an. Bündnis 90/Die Grünen sehen sich noch nicht ausreichend informiert und bieten (nach den Wahlen) Bürger:innen-Beteiligung an.

Die CDU stützt sich auf einen vom Grundstückseigentümer eingeholten „Lärmbericht“. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sehen noch Aufklärungsbedarf. SPD, Die Linke und Die Piraten fordern ein vom Grundstückseigentümer unabhängiges Gutachten sowie ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde.

Gestützt auf ein vom Grundstückseigentümer eingeholte Klimastellungnahme erwarten CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP keine negativen stadtklimatischen Wirkungen für benachbarte Wohngebiete durch die Baumasse des neuen Stadtteils. SPD und wohl auch Die Linke fordern ein unabhängiges Klimagutachten.

Für einen nicht durch Eisenbahnlärm belasteten Schulstandort streiten vor allem noch Die Linke und Die Piraten. Vor allem Die Linke steht für eine Gemeinschaftsschule in Lichterfelde Süd.

SPD, Die Linke und Die Piraten wollen, dass durch die Positionierung des neuen Stadtplatzes ein Zusammenwachsen von neuem Stadtteil und vorhandenen Wohngebieten gefördert wird.

Mit Ausnahme der FDP können sich alle Parteien Gewerbebetriebe im neuen Stadtteil vorstellen.

Die CDU verweist zur Naherholung auf die „Grüne Mitte“, die AFD auf Brandenburg. Die FDP freut sich auf Grün in den Gärten von Einfamilienhäusern. Bündnis 90/Die Grünen befassen sich nur mit einem Naherholungsbedarf für die in den neuen Stadtteil Zuziehenden. Für Die Linke und die SPD haben Naherholung und Naturschutz Vorrang vor Einfamilienhäusern.

Für einen Lern- und Gedenkort zum Stalag III D sind alle Parteien offen. Konkrete Umsetzungsschritte sind aber bisher nicht bekannt.

Zu einer Unterschutzstellung der Lichterfelder Weidelandschaft fehlt offenbar bisher ein entsprechender Antrag des Bezirksamtes an die grüingeführte Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, die anscheinend nicht aus eigenem Antrieb tätig werden will.

Nachstehend werden die Stellungnahmen aus den politischen Parteien in teilweise stark gekürzter Form zur Kenntnis gegeben. Die vollständigen Stellungnahmen stehen nachstehend bzw. unter <https://aktionsbuendnis-lichterfelde-sued.de> zur Lektüre zur Verfügung.

1. In Berlin besteht ein erheblicher Fehlbedarf an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb muss mindestens die Hälfte der geplanten Wohnungen zu einer Netto-Kaltmiete von höchstens 6,50 Euro angeboten werden können.

CDU: 25 v. H. sozialer Wohnungsbau in Lichterfelde Süd entspricht Berliner Regelungen.

SPD: 30 v. H. nach Berliner Regeln möglich. Zusätzlicher „bezahlbarer Wohnraum“ wird für benachteiligte soziale Gruppen gefordert.

Bündnis90/Die Grünen: 25 v. H. plus Wohnraum für sozial benachteiligte Gruppen.

FDP: 50 v. H. Sozialwohnungsbau werden abgelehnt, weil dadurch die Vermarktung der anderen Wohnungen erschwert würde.

Die Linke: Für 50 v. H. sozialer Wohnungsbau in Lichterfelde Süd.

AFD: Hauptsache es wird bald gebaut. Sozialer Wohnungsbau wird nicht angesprochen.

Die Piraten: 50 v. H. sozialer Wohnungsbau für 6,50 Euro kalt als untere Grenze.

2. Die Machbarkeit des geplanten Wohnungsbauvorhabens muss im Voraus durch unabhängige Verkehrs-, Lärm- und Klimagutachter bestätigt werden.

CDU: Vertraut auf die (von der Groth-Gruppe beauftragten und bezahlten) Verkehrs-, Lärm- und Klimagutachten.

SPD: Fordert Gutachten, die vom Bezirksamt in Auftrag gegeben werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Vorliegende Gutachten werden noch geprüft. Bezirksstadträtin Schellenberg: Der (von der Groth-Gruppe zugeliesserte) Klimabericht belegt „wissenschaftlich“, dass die stadtklimatischen Auswirkungen des Neubauvorhabens auf benachbarte Wohngebiete „vertretbar“ sind.

FDP: Wenn es berechtigte Kritik an Gutachten gibt, muss dieser nachgegangen werden.

Die Linke: Fordert Transparenz und Veröffentlichung aller Gutachten, bevor entschieden wird.

AFD: Vertraut auf vorliegende Gutachten. Bei „massiven Zweifeln“ können aber (Betroffene) „dagegen vorgehen“.

Die Piraten: Bezweifeln die Unparteilichkeit der vorliegenden Gutachten.

3. Das Mobilitätsverhalten der jetzigen und zukünftigen Bewohner im und beim Plangebiet wird durch übermäßig belastete Verkehrsverbindungen im ÖPNV und Individualverkehr bestimmt. Die am Südrand von Berlin zu erwartende Verkehrsentwicklung durch den Flughafen BER, das Güterverteilzentrum Großbeeren, Wohnungsneubau in Heinersdorf und Teltow ist unter Einhaltung des Mobilitätsgesetzes zu beachten: Verhindern Sie das zu erwartende Verkehrschaos im Bereich des Ostpreußendamms, in Osdorfer Straße und dem Lichterfelder Ring, die den Verkehr an die neue Siedlung herañführen, der dann zu 90 % über den Landweg in die neue Siedlung geführt wird!

CDU: Eingeräumte Verkehrsprobleme sollen durch Sharingmodelle, einen im Neubaugebiet pendelnden Elektrobuss, zweigleisigen Ausbau und engere Taktung der S-Bahn, einen zweiten „S-Bahn-Hof“ (in Lichterfelde Süd) und durch (vierspurigen) Ausbau der Osdorfer Str. „bis zur B 101“ gelöst werden.

SPD: Für gute Verkehrsverbindungen nach Brandenburg, Bus-Spuren durch Osdorfer Str. und Ostpreußendamm, zweigleisigen Ausbau der S-Bahn und engere Taktung von Bussen und Bahnen, Verlängerung der U 9 mindestens bis zum S-Bahnhof Lankwitz.

Bündnis 90/Die Grünen: Das finale Verkehrskonzept liege noch nicht vor. Bürger:innen-Beteiligung angekündigt. Sichere Schulwege.

FDP: Sieht Probleme auf die Umgebung (des Neubaugebiets) zu kommen, die von Berlin und Brandenburg gemeinsam gelöst werden müssen.

Die Linke: Fordert ein umfassendes Verkehrskonzept für Lichterfelde Süd mit guter ÖPNV-Anbindung und Fahrradinfrastruktur.

AFD: Erwartet, dass durch (vierspurigen) Ausbau der Osdorfer Str. mit Fuß- und Radwegen bis zur B 101 ein Verkehrschaos vermieden wird.

Die Piraten: Individualverkehr reduzieren, ÖPNV ausbauen und fahrscheinfrei anbieten.

Kommentar: Ein Ausbau der Osdorfer Str. bis zur B 101 würde nicht zu weniger sondern zu mehr Durchgangsverkehr durch Lichterfelde führen. Die Gemeinde Großbeeren, mit der diese Planung nicht abgestimmt ist, lehnt einen solchen Ausbau der Osdorfer Str. ab.

Bei dem von der CDU angekündigten zweiten S-Bahnhof in Lichterfelde Süd handelt es sich wohl um die Öffnung des Südzugangs des vorhandenen Bahnhofs in das Neubaugebiet. Daraus folgt die Frage: Wie weit kennt sich die CDU in Lichterfelde Süd aus?

4. Das Lärmgutachten muss auch den Lärm bewerten, der durch den neuen Stadtteil auf sein Umfeld ausstrahlt (Verkehr, Reflexion von Schienen- und Kfz-Lärm durch Gebäude). Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans soll ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde entwickelt werden, das alle wesentlichen Lärmursachen (Straßen-, Schienen- und Fluglärm) beachtet.

CDU: „Das (von der Groth-Gruppe zugeliesserte) Lärmgutachten ist ausreichend. Fluglärm ist ausdrücklich nicht Sache des Bezirksamtes.“

SPD: Für ein Lärmgutachten, das z. B. Reflexionslärm durch neue Gebäude auf das Wohnumfeld untersucht. Für ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde.

Bündnis 90/Die Grünen: Finales Konzept fehle noch.

FDP: „Alle Gutachten würden noch fortgeschrieben“.

Die Linke: Fordert ein Lärmentlastungsprogramm, damit Haus- und Wohnungseigentümer ggf. Finanzierungshilfen für Lärmschutzmaßnahmen beanspruchen können.

AFD: Verweist auf zu Punkt 2.

Die Piraten: Für Lärmentlastungsprogramm.

5. Die geplanten Gebäude werden für viele Jahrzehnte errichtet. Ein unabhängiges Klimagutachten muss unter Beachtung der erwarteten weiteren Klimaentwicklung den Einfluss des geplanten Bauvorhabens auf das Stadtklima in der bereits stark klimatisch belasteten Thermometersiedlung und Umgebung untersuchen. Die Ausrichtung der neuen Gebäude verhindert den Zufluss nächtlicher Kaltluftströme in die bestehende Siedlung, so dass eine nächtliche zusätzliche Wärmebelastung für die Einwohner:innen - besonders bei aufeinanderfolgenden Tropennächten mit einem Anstieg der hitzebedingten Sterblichkeit, zu befürchten wäre. Das Statistische Bundesamt zählte 4.200 Hitzetote für August 2020.

CDU: Planungen beachten alle Anforderungen für den Klimaschutz. Negative stadtklimatische Auswirkungen des neuen Stadtteils auf angrenzende Wohngebiete werden nicht gesehen.

SPD: Fordert weiterhin ein unabhängiges Klimagutachten und zusätzlich ein Klimaentlastungsprogramm für die Thermometersiedlung.

Bündnis 90/Die Grünen: Freuen sich auf ein von ihnen unterstütztes Energiekonzept für das Neubaugebiet, stadtklimatische Nachteile für angrenzende Wohngebiete sind „vertretbar“ (vgl. auch Punkt 2).

FDP: Neuer Stadtteil „enkeltauglich“.

Die Linke: Die „Enkeltauglichkeit“ darf nicht zu Lasten der Thermometersiedlung gehen, die nach Planwerken des Landes Berlin als „Hitze-Hotspot“ gilt. Statt zusätzlicher Belastungen sind Klimaentlastungen für die Thermometersiedlung erforderlich.

AFD: siehe Punkt 2.

Die Piraten: Für begrünte Dächer und Fassaden und eine ungestörte Durchlüftung.

6. Die Planung einer Grundschule unmittelbar an Bahnanlagen mit werktäglich mehr als 400 Zugfahrten ist unverantwortlich.

Ermöglichen Sie stattdessen den auch bildungspolitisch notwendigen Bau einer Gemeinschaftsschule für den Bezirk auf einem Standort, der eine fußläufige Kooperation mit der vorhandenen Mercator-Grundschule ermöglicht.

CDU: Lärmschutz für die neue Grundschule „aufgrund der `Bahnnähe` ist gegeben.“ Für eine Gemeinschaftsschule besteht kein Bedarf. Für eine neue Oberschule gibt es Platz Ecke Ostpreußendamm/Lippstädter Str.

SPD: Schulstandort an der Bahn ungünstig, aber Planung fortgeschritten. Bei Entwicklung Oberschulstandort Ecke Ostpreußendamm/Lippstädter Str. Gemeinschaftsschule mit bedenken.

Bündnis 90/Die Grünen: „Es ist uns gelungen, die Planungen in die Richtung zu bringen, in der die zukünftige Schule voraussichtlich nicht von Verkehrslärm beeinträchtigt wird“.

FDP: „Die jetzige Lösung ... erscheint allen Anforderungen gerecht zu werden.“

Die Linke: Fordert einen Bildungs-Campus in der Nähe der Mercator Grundschule und der Kita Réaumur und „steht klar für eine Gemeinschaftsschule“.

AFD: „Die Standortbestimmung der Grundschule längs des Bahnstrangs ist unsere favorisierte Lösung.“

Die Piraten: Für Schulstandort fernab der Bahnanlagen und nahe der Mercator Grundschule.

7. Der Stadtplatz mit den dort vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten sollte im Interesse kurzer Wege in zentraler Lage zwischen neuem Stadtteil und Thermometersiedlung, etwa auf Höhe der Einmündung der Celsiusstraße in der Réaumurstraße, angelegt werden. Der Stadtplatz an dieser Stelle wäre auch ein geeigneter Standort für eine als Multifunktionsgebäude benötigte Nachbarschafts- und Begegnungsstätte.

CDU: Für Stadtplatz (im neuen Stadtteil) nahe am S-Bahnhof.

SPD: Wahl des Stadtplatzes soll das Zusammenwachsen von neuem Stadtteil mit der Thermometersiedlung fördern. Der geplante Standort ist dazu nur bedingt geeignet.

Bündnis 90/Die Grünen: Geplante Lage ist mit Belangen im Neubaugebiet abgestimmt.

FDP: Für Stadtplatz nahe S-Bahnhof.

Die Linke: Die Positionierung des Stadtplatzes soll die vorhandene Infrastruktur einbeziehen und verhindern, dass der Stadtplatz in der Thermometersiedlung „verweist“.

AFD: „Wir können uns mit der gefundenen Ensemblelösung gut anfreunden.“

Die Piraten: Stadtplatz im zentralen Bereich zwischen dem Neubaugebiet und der Thermometersiedlung.

8. Für die Nahversorgung des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung mit Handwerks- und Dienstleistungen soll in einem Gewerbe-/Mischgebiet in der Nähe des Stadtplatzes oder am Landweg, z. B. in Form eines Gewerbehofs, Raum für Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffende Betriebe eingerichtet werden.

CDU: „Dies ist nach der Planung möglich.“

SPD: Wird unterstützt, für Gewerbe, Raum mit bezahlbaren Mieten.

Bündnis 90/Die Grünen: Wird unterstützt.

FDP: Sieht keinen Raum für Gewerbe, jedoch für mehr Einfamilienhäuser.

Die Linke: Bedingt für die Ansiedlung von Gewerbe, auch als Ausgleich für die durch die Planungen weggefallenen 200 Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

AFD: Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe wird unterstützt.

Die Piraten: Für Arbeits- und Ausbildungsplätze am Stadtplatz.

9. Nach dem Landschaftsprogramm besteht für die Bewohner der Thermometersiedlung ein erhebliches Defizit an wohnungs- und siedlungsnahen Naherholungsflächen. Bei zukünftig etwa 10.000 Bewohnern des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung besteht nach dem Berliner Landschaftsprogramm ein Naherholungs-Flächenbedarf von 13 Hektar. In einem geplanten Baugebiet von 39 Hektar kann diese Fläche bei Verzicht auf die bisher geplante Bebauung mit Reihenhäusern und Doppelhaushälften bereitgestellt werden.

CDU: Die an das Neubaugebiet anschließende „Grüne Mitte“ mit 16 ha soll unter Beachtung von Naturschutz frei zugänglich sein.

SPD: Bebauung mit Einfamilienhäusern zu Gunsten von Naherholungsflächen begrenzen.

Bündnis 90/Die Grünen: Fokus auf Naherholungsflächen für die in den neuen Stadtteil Zuziehenden.

FDP: „Zusammen mit der Weidelandschaft gibt es viel Grün im neuen Wohngebiet. Einfamilienhäuser „steuern (mit ihren Gärten) einen weiteren Anteil Grün bei.“

Die Linke: Zum Schutz ökologisch wertvoller Flächen, gegen Einfamilienhäuser in Lichterfelde Süd.

AFD: Gegen Änderung der Planung. Naherholung auf angrenzenden Flächen in Brandenburg möglich.

Die Piraten: Naherholungsflächen müssen sein.

10. Das Stalag III D ist im 2. Weltkrieg das einzige in einer deutschen Großstadt gelegene Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager gewesen. An der Osdorfer Str./ Ecke Landweg befand sich eines seiner Hauptlager. In einer noch vorhandenen Lagerbaracke sollte ein Gedenk- und Lernort eingerichtet werden.

CDU: U. a. eine Baracke als Gedenkort ist fester Bestandteil der bezirklichen Planung.

SPD: Vollumfängliche Unterstützung von Punkt 10.

Bündnis 90/Die Grünen: Für einen Lern- und Gedenkort.

Bürgerschaftliches Engagement für diesen Ort wird allein der Initiative KZ-Außenlager Wismarer Str. zugeschrieben. Die maßgebliche Rolle des Aktionsbündnis und der VVN/BdA wird verschwiegen.

FDP: Es gibt eine gelungene Lösung.

Die Linke: „Wir haben den Einwohnerantrag für einen lebendigen Lern- und Gedenkort gern unterstützt. ... Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein.“

AFD: Stimmt Einwohnerantrag für Lern- und Gedenkort in der BVV zu.

Die Piraten: Ein Lern- und Gedenkort mit Originalbausubstanz stellt einen Gewinn für das Zusammenleben dar.

11. Für die an das geplante Baugebiet anschließende Lichterfelder Weidelandschaft und ihre Biotopverbindungen muss das Verfahren einer Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet bzw., soweit naturschutzfachlich geboten, als Naturschutzgebiet unverzüglich eingeleitet werden.

Naturrechtlich geschützte Gebiete dürfen nicht bebaut werden.

CDU: Unterschutzstellung und Zugänglichkeit der „Grünen Mitte“ (gleich wichtig) nach dem Beispiel des Schöneberger Südgeländes.

SPD: Vollumfängliche Unterstützung von Punkt 11.

Bündnis 90/Die Grünen: Setzen sich seit langem für den Erhalt der Weidelandschaft und deren Unterschutzstellung ein.

FDP: Hat in der BVV eine unverzügliche Unterschutzstellung beantragt.

Die Linke: Die Lichterfelder Weidelandschaft wird als Biotop durch die laufenden Planungen schon jetzt bedroht. Es wird beanstandet, dass das Bezirksamt bisher bei der Senatsumweltverwaltung keine Unterschutzstellung beantragt hat und damit vor allem Interessen des Grundstückseigentümers folgt

AFD: „Verschließt“ sich einer Unterschutzstellung nicht.

Die Piraten: „Naturschutz ist ... essentiell, Bebauung ... nicht. Natur ist nicht reproduzierbar.“

Kommentar: Das Aktionsbündnis beantragte schon mit Schreiben vom 13. Mai 2017 an Frau Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Regine Günther, das Verfahren zur Unterschutzstellung der Lichterfelder Weidelandschaft nach Bundesnaturschutzgesetz alsbald einzuleiten und den Schutz dieser Fläche für die Dauer dieses Verfahrens entsprechend § 22 Abs. 3 Berliner Naturschutzgesetz sicher zu stellen, ohne jemals eine Antwort zu erhalten.

Liebe Lesende,

Respekt, wenn Sie sich bis hierhin durchgekämpft haben. Vielleicht ist dieser Abgleich von Stellungnahmen von Parteien für Sie bei der Entscheidung hilfreich gewesen, von wem Sie sich in den nächsten fünf Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf vertreten lassen wollen.

Freundliche Grüße, Gerhard Niebergall (10. 09. 2021)